

<b>Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen SPD</b>	<b>Vorlagen - Nr.:</b> <b>Status:</b> <b>Datum:</b> <b>Eingang:</b>	<b>VO/1730/2012</b> <b>öffentlich</b> <b>15.10.2012</b>	<b>TOP</b>
<b>Stadtverordnetenversammlung Marburg</b>			
<b><u>Beratende Gremien:</u></b>	<b>Schul- und Kulturausschuss</b> <b>Haupt- und Finanzausschuss</b> <b>Stadtverordnetenversammlung Marburg</b>		

**Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Kommunalpolitik für Kinder und Jugendliche öffnen**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten darauf hinzuwirken, dass das Interesse an Kommunalpolitik in Marburg für Kinder und Jugendliche sowie die Zusammenarbeit mit LehrerInnen und Schulen gestärkt wird. Dazu wird der Stadtverordnetenvorsteher eingebunden, der zu diesem Zweck gemeinsam mit dem Magistrat einmal im Jahr alle LehrerInnen des Faches Politik & Wirtschaft (sowie verwandter Themenbereiche) zu einem Gespräch Austausch einlädt und auf Wunsch vor den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung zu Gesprächen mit Schülerinnen und Schülern zur Verfügung steht.

**Begründung:**

Die Stadt Marburg verfügt zwar über ein sehr gut organisiertes Kinder- und Jugendparlament, das sich aktiv für die Belange junger Menschen einsetzt und regelmäßig von der Stadtverordnetenversammlung angehört und dessen Anträge im politischen Prozess diskutiert werden, doch die Auseinandersetzung mit Kommunalpolitik könnte für Kinder- und Jugendliche noch mehr in den Blickpunkt gerückt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung in Marburg ist eine Institution, die Demokratie auf kommunaler Ebene lebt und somit auch für Kinder und Jugendliche ein lokales Beispiel für demokratische Beteiligungsmöglichkeiten darstellt. Um den Inhalten des hessischen Lehrplans sowie den Kompetenzen für das Fach Politik und Wirtschaft gerecht zu werden, muss das lokale Parlament als außerschulischer Lernort für Schülerinnen und Schüler attraktiver gemacht werden und durch ein Konzept mit Angeboten für Schulen und Bildungseinrichtungen die Nutzung für unterrichtliche Zwecke vereinfachen. Zwar bleibt es den Lehrenden selbst überlassen, wie sie ihren Unterricht gestalten, doch sollte sich die Stadtverordnetenversammlung Marburg darum bemühen, den Lernprozess zu unterstützen und für Schülerinnen und Schüler demokratische Prozesse auf lokaler Ebene transparenter zu gestalten.

So kann eventuell der viel diskutierten Politikverdrossenheit zuvorgekommen oder ihr bestenfalls entgegengewirkt werden. Jungen Menschen kann so die Möglichkeit geboten werden, Politik hautnah zu erleben. Außerdem bietet ein solcher Austausch die Chance, den Politikunterricht in den Schulen zu bereichern und Lehrenden die Thematisierung von Kommunalpolitik zu vereinfachen.

Die Stadt Marburg als Stadt der Bildung kann mit einem solchen Konzept zur Vorreiterin bei der Partizipation von Kindern und Jugendlichen werden.

Marco Nezi  
Marion Messik

Martina Dirmeier  
Gerald Weidemann